

Abonnements

werden beim Verlag und dessen... Vorans zahlbaren... Wochensatz...

Inserate

die beizugeltene... 2 Pence = 25 Pfg. = 30 Gr.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteht... London... Verlag... German Cooperative Publishing Co... Postgebühren...

N. 6.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen.

8. Februar 1890.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Noch einmal die Wahltaktik der Sozialdemokratie.

Unser Artikel „zu den Reichstagswahlen“ haben verschiedene deutsche Kartellblätter durchaus nicht gefallen, was sie allerdings auch nicht sollten.

Wir sagten im Artikel II: „In Fragen der Taktik hat nicht das Gefühl, sondern das Interesse zu entscheiden“.

Wir dürfen keine Gefühlspolitik treiben — das heißt natürlich nicht, daß wir überhaupt dem Gefühl keine Berechtigung in unserem Kampfe zuerkennen.

Keine Gefühlspolitik treiben, das heißt nicht das Gefühl unterdrücken, sondern nur, ihm nicht die Herrschaft über den Verstand einzuräumen.

In der Politik entscheidet nicht das Gefühl, sondern das Interesse. Niemand hat diesen Grundsatz rüchichtsloser verfolgt, als der Abgott unserer Gegner, Bismarck.

Herr Kardorff hat im Reichstag unter jubelnder Zustimmung seiner Genossen gedroht, Singers Bemerkung über die Anarchisten bei den Wahlen gegen uns zu fruktifizieren.

meinen? Die anarchistische Gesellschaftstheorie ist ihnen höchst gleichgültig, soweit sie ihnen nicht gar sympathisch ist; was sie „verabscheuen“, ist die anarchistische Taktik, die „Propaganda der That“.

Und mit diesem Mazzini hat im Jahre 1866 Bismarck Unterhandlungen angeknüpft, genau wie er mit Kossuth und Klapka in Verbindung trat.

Alles das sind bekannte Thatsachen, die man in jedem Geschichtswerk der Neuzeit nachschlagen kann.

Es liegt uns nun nicht fern, als die Grundsätze oder besser die Grundsatzlosigkeit eines Bismarck den Genossen als ein nachahmenswerthes Muster hinzustellen.

Aber innerhalb dieser Grenzen, die wir wiederholt gekennzeichnet, bleibt auch ihr ein Spielraum der Taktik. Und in Bezug auf diesen darf und soll sie nach ruhiger Abwägung der Verhältnisse das Interesse entscheiden lassen.

gefragt, sie richten ihr Verhalten zu einander lediglich danach ein, wie nach Lage der Dinge ihr Interesse es erfordert. Von diesem Gesichtspunkt muß auch die Sozialdemokratie ihre Haltung einrichten, sobald sie vor der Frage steht, Stellung zu den gegnerischen Parteien zu nehmen.

Aus Dänemark.

Kopenhagen, 24. Jan. 1890.

Die im „Sozialdemokrat“ No. 3 enthaltene, der „Frankfurter Zeitung“ entnommene Notiz, daß die dänische Sozialdemokratie selbstständig zur Wahl gehe, ist eine irrige.

Die Linke (Venstre) ist für uns eine fremde Partei, die selbst nicht weiß, was sie will.

- 1. Kreis: Cand. phil. Trier, Demokrat, (wurde gewählt); 2. „ Konsul Groberg, gemäßigt; 3. „ Buchhändler Philipson, Liberal; 4. „ Schneidermeister Holm, Sozialdemokrat (wiedergewählt); 5. „ Großfisk Hage, gemäßigt (wurde gewählt); 6. „ Journalist Reber, Sozialdemokrat; 7. „ Geschäftsführer Hørdum, Sozialdemokrat (wurde gewählt); 8. „ Vorstadt Frederiksberg: Geschäftsführer Hurup, Sozialdemokrat.

Die Arbeiter haben, seit der Auflösung des Follsething, ihre freie Zeit zur Agitation benutzt und sie sparen ebensowenig in den Kreisen, wo ein liberaler Kandidat aufgestellt ist, wie in den, wo ihre eigenen Kandidaten.

Dieselbe Loyalität erzeigt man sich am Wahltag. Die Sozialdemokraten stimmen für den liberalen Kandidaten hier in der Stadt, und die Erfahrungen von früheren Wahlen zeigen, daß die Arbeiter ihre Beschlüsse halten, ohne daß einer zaudert, oder aus den Reihen desertirt.

Das das Letztere keineswegs der Fall gewesen ist, dürfte die Abstimmung in den 2 Kreisen Frederiksberg und Randers — wo die Liberalen jedenfalls in der Mehrzahl sind — bethätigen, wo die diesmal für die Opposition gemeinsamen sozialdemokratischen Kandidaten weniger Stimmen erhielten, als bei der vorigen Wahl die liberalen Kandidaten, die konservativen jedoch verhältnismäßig bedeutend zunahmen.

Im Allgemeinen bewirkt der Ausfall der Wahlen keine nennenswerthe Veränderung der Parteistellungen. Die Opposition hat einige Kreise verloren, einige der Rechten abgenommen, die aber trotzdem nur um 2 Sitze geschwächt in das Follsething einzieht.

Die Sozialisten haben den Kopenhagener 5. Kreis (Holm) mit 6554 gegen 7186 Stimmen der Konservativen behauptet, den 9. Kreis (Hørdum), der 1888 verloren ging, mit 1175 gegen 1131 konservativen Stimmen wiedergewonnen, und einen Landkreis in Jütland (Harald Jensen), wo die liberale Oppositionspartei gespalten war und zwei Kandidaten aufgestellt hatte, mit 713 Stimmen neu gewonnen.

Für die aufgestellten 10 sozialistischen Kandidaten (5 davon oder Kompro-mißkandidaten) wurden insgesammt 17,232 Stimmen abgegeben, für die Linke zirka 129,000, für die Regierungspartei (Rechte) zirka 88,000 Stimmen.

Die Wahlbeteiligung war diesmal ziemlich lebhaft, indem 63% der Wähler stimmten, in Kopenhagen zirka 80%.

Der Wahlerfolg der sozialdemokratischen Partei würde erfreulicher sein, wenn die Stimmen rein sozialistische wären. Da aber viele Sozialisten für liberale Kandidaten gestimmt haben (besonders in solchen Arbeiterkreisen, wie Kopenhagen I., Aarhus-Stadt), so dürften die von Liberalen für Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen ungefähr damit aufgewogen werden und die 17,000 Stimmen als Resultat anzunehmen sein.

Wenn läßt sich dies eben nicht sagen, da der Wählmasstab eine klare Herrschaft der Sozialdemokraten verleiht. Soviel steht aber fest, daß die Sozialdemokraten mit den 17,000 Stimmen durch 3 Abgeordnete unvernünftig mangelhaft vertreten sind, da die meisten Kandidaten in der Provinz mit nur 10-1000 Stimmen gewählt wurden.

Die Leiter der Partei, die den wirklichen oder freiwilligen Kompromiß mit den Liberalen so sehr bekräftigen und sagen, daß er den Sozialisten außerordentlich nutzbar sei, vergessen dabei ganz, daß die Liberalen von derselben Voraussetzung ausgehen, denn sonst wählten sie doch mit Mühseligkeit geschlagen sein, eine Verbindung mit Sozialdemokraten eingegangen, die ihnen die Achtung der Stützen der Gesellschaft raubt.

Eine von beiden Parteien aber kann doch nur den wirklichen Gewinn einer solchen unnatürlichen Verbindung einstreichen, und wer dies ist,

darüber sollte kein Klassenbewußter Sozialdemokrat im Zweifel sein!

In vielen Kreisen hat es die Sozialdemokratie hier in der Hand, den liberalen Kandidaten durchzusetzen, und dies wird mit der Ausbreitung unserer Partei jeden Tag mehr der Fall. Aber einer Partei zu helfen, die nicht weiß, was sie will — die in einigen Jahren aufgehört haben wird, zu existieren, wie sie selbst in ihren Plätzen schreibt, das ist und bleibt für alle die, welche logisch zu denken gelernt haben, ein Mißthel. Die Nachlässigkeit der linken Partei ist auch allen Unmäßigen in den Jahren 1884/88 denklich genug ad oculos demonstrirt worden, und daß es nicht die Linke ist, die die Wirtung, sondern, daß es die Klassenbewußte Sozialdemokratie ist, die diesen Klein-Bismarck und sein System hinwegzuführen die Pflicht hat, dies nicht anzuerkennen, hieße den revolutionären Charakter des Sozialismus verleugnen.

In verschiedenen hiesigen Wählerversammlungen, in denen die Kandidaten der dänischen sozialdemokratischen Partei auftraten, wurden dieselben auch von Führern der Linken deren Wählern als „Kandidaten der vereinigten Opposition“ empfohlen. U. A. traten in den Versammlungen H. Holms auf: Graf Holstein Vedrebo, parlamentarischer Führer der Linken, der nach dem Premierminister-Portefeuille schlichter, und Obergerichtsadvokat Ostadius Hansen, der vorigen Jahre als Aktionär einer Papierfabrik bei Bildung eines Komitees den betreffenden Arbeitern den ihnen laut Fabrikreglement zukommenden Antheil am Netzertrag weg-eklamoriren wollte und im dänischen „Sozialdemokraten“ deswegen gebührend gedankelt wurde. Die Verbindung mit solchen Elementen verleiht den Klassencharakter der sozialistischen Kandidaturen, und die Fälschung unserer Prinzipien, was der schlagendste Beweis für die Schädlichkeit dieser Taktik ist.

Daß die Leiter der sozialdemokratischen Partei, die dies doch sehr gut wissen, immer wieder im entgegengekehrten Sinne handeln, ist der Ausgangspunkt der Opposition. Dasselbe meinte, da kein Veranlassungsvorliegt, noch länger mit der liberalen Partei zu gehen, so müßten die Leiter der Partei heimliche Gründe haben, die Allianz aufrecht zu halten und sich mit Hilfe der halbsozialistischen Mehrzahl am Ruder zu erhalten.

Daß dies nicht so ganz grundlos, beweist die Thatsache, daß unsere Vereine von liberalen und radikalen Elementen wimmeln, die, wie sie so oft sagen, „der Sozialdemokratie ein gut Stück Wegs folgen, aber einer radikalen Veränderung unserer Produktionsverhältnisse doch nicht zustimmen können“.

Daß solche „bürgerlich-radikale Pessimisten“ der Sozialdemokratie nicht viel nützen, ist oft eher schaden, liegt auf der Hand, denn die Begriffe werden nicht geklärt, der Klassencharakter verwischt und die Sozialisten werden verhindert, ihre endlichen Ziele unabhüllt darzulegen.

Letzteres kam besonders in diesem Wahlkampf zum Ausdruck. Die sozialdemokratischen Kandidaten nahmen in einer Weise Rücksicht auf die liberalen Stimmen, die für eine Partei wie die sozialdemokratische, an Selbstverleugnung kreist. Ich könnte ellenlange Berichte aus den Wahlkreisen vorlegen, wo kein Wort von Sozialismus vorkommt, immer nur „Gerechtigkeit, Verfassungsbrech, Kopenhagens Vereinfachung, Bier- und Branntweinsteuer, Befähigung des Mittelstandes, Reformversprechungen u. s. w.“ — Dinge, die ein Liberaler gerade so behandeln konnte, aber keine Kritik der heutigen Gesellschaft im sozialistischen Sinne, aber keine Kritik der heutigen Gesellschaft im sozialistischen Sinne, sondern eine Darlegung unserer Ziele in dem Sinne, daß die Jährlinge klar darüber werden könnten, daß sie ihre Stimme einem Repräsentanten einer neuen Weltanschauung geben.

Es thut mir leid, dies berichten zu müssen, aber es nützt nichts, es zu verschweigen, die Wahrheit muß heraus. Die Genossen im Auslande werden die hiesigen Verhältnisse nurmehr begreifen, und es verstehen, warum die Opposition zur Bildung einer neuen Partei mit reinem sozialistischem Standpunkte nicht allein taktische Fragen betrifft, sondern auch prinzipieller Natur sind, so konnte für die Opposition an ein erzieherisches Zusammenarbeiten mit der Leitung der Partei vor der Hand nicht zu denken sein, da letztere mit der Verhöhnung der Wortführer der ersteren auch nach dem Ausschluß noch nicht aufgehört hat.

Die Organe unserer Brudervereine in Schweden und Norwegen, die die ganzen Verhältnisse aus der Nähe kennen gelernt haben, vernurtheilen auf das Entschiedenste die Haltung des Hauptvorstandes der Opposition gegenüber. Der Bericht des Hauptvorstandes in No. 3 des „Soz.-D.“ hat jedenfalls auch die Leiter derselben nicht von der Nothwendigkeit der Ausschließung überzeugen können, trotzdem er parvoisch gefärbt war. (Hierbei sei eine Bemerkung im Bericht zurückgewiesen, nämlich die, daß die in ausländischen Parteiblättern erschienenen Berichte von den Ausgeschlossenen selbst herrühren, was keineswegs der Fall ist!)

Von nun an haben wir also zwei sozialistische Parteien in Dänemark, die mit den Radikalen und Possibilisten in Frankreich verglichen werden können. In den Possibilisten hat die alte Partei hier schon lange hingewelt, was sich namentlich gezeigt hat, als es sich um die Bekämpfung des Pariser Kongresses handelte.

Der Standpunkt der neuen Partei, die sich „revolutionär-sozialistische Arbeiterpartei“ nennt, ist selbstverständlich sehr leichter, da die Klassen im Vordergrund stehen, während bei den Possibilisten die Wahrheit zu ermitteln. Die deutschen Arbeiter-Organen werden gerade umgekehrt zu dem Zwecke veranstaltet, die Wahrheit nicht zu ermitteln oder zu verschleiern.

Da hat jetzt der Reichs-Anzeiger die „Denkschrift über die staatliche Untersuchung der deutschen Vergarbeiter-Verhältnisse“ veröffentlicht, von der in der offiziellen Presse so großes Aufsehen gemacht wurde; und in der ganzen unabhängigen Presse, bis weit hinein in die Kreise der Reichstreuen aller Reichstreuen, ist nur eine Stimme darüber, daß diese „Untersuchung“ geradezu ein Hohn ist auf den Begriff einer wirklichen Erforschung der Vergarbeiter-Verhältnisse. Von A bis Z ist die ganze Denkschrift nichts als ein leuchtendes Nachwerk, bestimmt, Material gegen die Arbeiter zu liefern, wo immer und von wem es verlangt wird. Beamte haben die „Angehörte“ vorgenommen, und selbstverständlich in echt bürokratischer Weise. Die Arbeiter, um die sich die Untersuchung doch dreht, wurden vernommen, wie etwa vor Gericht: „Angeklagter, treten Sie vor und beantworten Sie gewissenhaft folgende Fragen“. Keine Abschweifung Angeklagter, antworten Sie mir, wannan Sie gefragt werden. „Aber ich muß Ihnen doch erklären...“ Nichts da, halten Sie sich streng an die gestellten Fragen. „So, und nun treten Sie ab. Der Zeuge Bergwerkdirektor H. müßte hereinkommen.“

Von einer kontraktualistischen Verhandlung, bei der auch die Arbeiter das Recht der Fragestellung haben, oder gar von der Zuziehung von Vertrauensmännern der Arbeiter als Beisitzer keine Rede. Das hätte ja für die Herren Unternehmer unangenehme Erörterungen hervorgerufen können, wäre auch gegen alle von Gott eingelegte Subordination. Die Arbeiter dürfen im Unternehmen nichts als ihre natürlichen Vorgesetzten leben — verstanden? Sie sollen froh sein, daß sie vor staatlichen Beamten das Wort erhalten.

Beamte haben die „Angehörte“ aufgenommen, und ein Beamter oder Beamte des Ministeriums haben das so aufgebraute Material zu einer

Denkschrift verarbeitet. Kann es noch einem Zweifel unterliegen, was dabei herauskommen mußte? Kein Jota Abweichung von dem, was der Herr „Chef“ ermitteln wollte. Und fernerhalten der Chef kein Anderer ist als Herr Otto von Bismarck, Papiermüller, Sägewerksbesitzer und Schnapsbrenner, der in dem Arbeiterstande eine „unerträgliche Spionage“ erblickt, der alle auf Arbeiterstand bezüglichen Reichstagsbeschlüsse in den Papierkorb wirft, so braucht man wirklich kein Geheimen Regierungsrath Camp zu sein, um zu wissen, was der Herr Chef vor allem festhalten zu sehen wünscht. Und das ist denn auch aus der Enquete herausgekehrt und dem Publikum vorgelegt worden. Ob es sehr fest steht, ist freilich eine andere Frage.

Wir können natürlich nicht daran denken, die veröffentlichten Auszüge hier zu reproduziren und kritisch zu erörtern. Das ist Sache der Tagespresse. Dagegen wollen wir in einigen Auszügen aus der sehr eingehenden Verhandlung, welche die „Zeit.“ Jg. der Denkschrift zu Theil werden läßt, unsern Lesern Proben vorführen, die unser obiges Urtheil vollumfänglich bestätigen.

Zunächst ein Beispiel für das Verfahren der Untersuchungskommission:

„Die Hauptstücke des 240-bändigen Materials“, schreibt die „Frankfurter Zeitung“, „sind doch zweifellos die Protokolle über die kommissarischen Berechnungen der Unternehmer und der Arbeiter. Zwei solche Protokolle werden in Anlage 2 und 3 originalgetreu mitgeteilt. Schon das erste, welche die Anlagen auf der Seite Westfalia betrifft, und die Aussagen des Bergmannsdelegirten Schröder, des Direktors Hilb, sowie das Schlussvotum der Untersuchungskommission enthält, genügt vollständig, um den verprochenen Beweis (für die totale Verthöhlung der „Angehörte“) zu führen. Bezüglich der wichtigsten Punkte stehen sich naturgemäß die Aussagen Schröders und der wichtigsten Punkte diametral und unversöhnt gegenüber. Der Erstere gibt an, daß trotz des Streites die Löhne auf der Höhe nur verweigert erhöht worden seien, der Direktor behauptet eine durchgehende Lohnaufbesserung. Dieser Widerspruch der beiderseitigen Aussagen war auch vor der Untersuchung schon bekannt. Aufgabe der staatlichen Kommission mußte es sein, durch kontraktualistische Verhandlung, durch Herbeiziehung schriftlicher und mündlicher Beweismittel den Thatbestand soweit zu klären, daß sowohl der Direktor wie der Arbeiter befriedigt müßten: so stimmt die Sache, so und nicht anders liegen die Dinge. Nichts von Alledem hat die Untersuchungskommission gethan. Ihr Erhebungsprogramm schreibt in Punkt 5 und 6 die Berechnung von Arbeiter einerseits und des Unternehmers bezw. dessen Vertreter andererseits vor, sonst keine tatsächlichen Feststellungen. Genau nach diesem Buchstaben wurde verfahren.“

Die Kommission trat nach Vorhabe des Punktes 8 des Programms hinterher „unter sich zusammen“, kannte nichts als die beiden Seiten säuberlich geschrieben, aber sich fast in jedem Punkte widerwärtig gegenüber und hatte nun auf Grund dieses prächtigen Materials zu erörtern und festzustellen, ob und welche Mängel... etwa vorgefunden wurden.“ In unserem Falle war das natürliche Ergebnis dieser papierenen „Erhebungen und Feststellungen“, folgender pyramidales Satz im Schlussvotum der Kommission vom 1. Juli 1889, also einen vollen Monat nach Beendigung des Ausstandes: „Wie die nach dem Streik verbrochene und nach Anlage der Jech (sic!) durchgeführte Lohnverbesserung sich gestalten wird, kann noch nicht abgesehen werden.“ Nicht einmal ein nachträglicher Hinweis auf die gleichfalls in den Anlagen befindliche Lohnabelle für Juli 1889 ist angebracht. Das ist also das Ergebnis der umständlichen Erhebung, daß man — doch nichts übersehen kann.

Schröder sagt aus, er und seine Kameraden müßten, wenn sie vor einem Betriebspunkte ein Gebirge ausgemacht hätten, das sich hinterher schlechter als barmherzig herausgestellt, mit diesem schlechten Gebirge der Wochen arbeiten, ohne daß auf die ungünstigeren Arbeitsbedingungen bei der späteren Bezahlung Rücksicht genommen werde. Direktor Hilb dagegen gibt zu Protokoll: „Wäß Veränderung der Arbeit wird natürlich die Aenderung des Gebirges auch unter der Zeit vorgenommen.“ Ueber diese wichtige Differenz geht das Schlussvotum der Untersuchungskommission mit majestätischem Schweigen hinweg. Schröder theilt mit, daß die Kohlenförderung vor dem Streik nicht pünktlich mit Schichtschluß aufhörte, sondern öfters bis zu 20 Minuten länger dauerte.“ Direktor Hilb erwidert: „Die Beschwerde über die Unpünktlichkeit in der Zeit der Kohlenförderung müßten wir zurückweisen.“ Bei der Feststellung dieses Widerspruchs durch die staatliche Enquete hat es sein Bewenden!“

An einer anderen Stelle träufelt sich die Kommission mit folgenden Worten über einen Widerspruch in den Aussagen des Arbeiters und des Unternehmers: „Die Beschwerde der Arbeiter erledigt sich durch die Aussage des Werkdirektors.“ Man hätte gut gethan, die Worte der ganzen Enquete als Motto voranzuführen.

Vor wir weitergeben, lassen wir für heute noch den Schlusspassus einer in der sehr gemäßigten „Weler Zeitung“ erschienenen Besprechung der Denkschrift folgen, die einen jeden ermanneten Universitäts-Professor zum Verfasser haben soll. Derselbe lautet:

„Wir schließen mit dem Bedauern, daß die so viel versprechende Enquete über die Lage der Vergarbeiter ein eigentliches direktes Resultat von einigem Werth nicht geliefert hat. Die Art und Weise, wie die Erhebungen gesammelt und mitgeteilt sind, schließt die Möglichkeit einer positiven Erkenntnisförderung aus. Ein praktisches Ergebnis wird sich auch nicht haben; es sei denn, die Grabenverhältnisse in ihrem neuerdings maßlos gewordenen Verhalten gegenüber den Arbeitern zu befürchten. Das wäre wäre gewiß die unheilvollste Wirkung, die das gutgemeinte Unternehmen haben könnte.“

Der am Schluß angeführte Jücker kann natürlich die Bitte nicht im mindesten verfehlen. Sie bleibt bitter, geküßelter, denn wenn das „Unternehmen“ wirklich gutgemeint gewesen wäre, so wäre es auch anders in's Werk gesetzt worden.

den Klassenkampf, den Klassenhaß, die Störung des Friedens und der Bevölkerung zum Zwecke haben und zu erreichen geeignet sind. Denn, meine Herren, dieses Blatt ist überaus geschickt redigirt, in seiner Richtung auf die großen Massen sehr wohl berechnet, und daß es seine Wirkung gethan hat, haben wir in diesem Prozesse gesehen. Der Samen, den der Londoner „Sozialdemokrat“ ausgestreut hat, ist auf einen wohl vorbereiteten Boden gefallen und hat seine Früchte getragen. Ich erinnere daran, was betreffs der drei Angeklagten und Jungen dort gesagt worden ist; da hat sich gezeigt, daß die Theorie von der ethischen Bedeutung des Meineids bei Auslagen, welche für die Parteigenossen ungünstig sein würden, wie sie der Londoner „Sozialdemokrat“ aufgestellt hat, allerdings hier in der Praxis zu übertragen verstanden worden ist.“

So Herr Herrfurth, die „milbe“ Seele im Bismarckischen Ministerium.

Wegen der „Theorie von der ethischen Bedeutung des Meineids“, die wir aufgestellt haben sollen, haben wir uns schon wiederholt geäußert und wollen daher für heute nicht wieder darauf zurückkommen. Nicht daß wir die Erörterung zu scheuen haben; im Gegentheil. Aber dazu müssen wir schon etwas weiter ansholen, als heute aus dem Raum gestattet, und obendrein werden wir davon einige Erörterungen zu den haben über die — Bedeutung der gewohnheitsmäßigen Praxis des Falschens.

Weshalb wir heute Herrn Herrfurth zu interpelliren haben, ist der Satz:

„Es finden sich fast in jeder Nummer... Aufforderungen zu Gewaltthätigkeiten in friedensfördernder Weise.“

Da Herr Herrfurth unter sehr genau liest, so machen wir ihm hiermit folgenden Vorschlag:

Wir erklären uns bereit, sämtliche preussische Reptile für Ehrenmänner, und sämtliche preussische Spigel für wahrheitsliebende Musterblogger zu erklären, wenn uns Herr Herrfurth in irgend einer Nummer unseres Blattes seit drei, vier, fünf Jahren eine direkte oder auch nur indirekte Aufforderung zu Gewaltthätigkeiten in friedensfördernder Weise nachweisen kann.

Genügt das, Herr Minister? Wenn nicht, wollen wir noch weiter gehen. Wir erklären uns bereit, sofort, nachdem Sie diesen Nachweis geleistet, und jedem von Ihnen zu bezeichnenden preussischen — bedeuten Sie, preussischen Gerichtshof zur Verurteilung zu stellen, freies Geleit für unsere anderen Tugenden, die wir nicht längern, vorangelegt. Mehr kann man sicher nicht verlangen. Wie bitte Herr Minister, lassen Sie Ihre Beamten finden. Sollten die Herren aber wider Erwarten nichts finden, dann können wir die Unterhaltung wieder aufnehmen über Meineidort, orte und Fälscherpraxis.

— Das rothe Gespenst soll es sein. Die offizielle Presse wimmelt von düsteren Prophezeiungen über die schreckliche Gefahr, welche das Anwachsen der Sozialdemokratie für Staat und Gesellschaft bedeutet. Die vereinigten Ordnungsparteien geben Pamphlete über Pamphlete heraus, um dem guten Wähler die Sozialdemokratie in den schrecklichsten Gestalten vorzuführen. Es läßt sich kein schrecklicheres, blutigeres Ungerheuer aussenden als die Sozialdemokratie — wie sie dort geschildert wird.

Ob es was nützt, die gefährdete „Staats- und Gesellschaftsordnung“ retten wird? Vielleicht — vielleicht auch nicht. Da liegt uns z. B. ein Bahlaufreiß vor, der vor einigen Tagen irgendwo verbreitet wurde. In denselben heißt es:

„Wähler! Das Flugblatt, welches gestern die Sozialdemokratische Seite verbreitet worden, enthält ungenaue Behauptungen, daß alle diejenigen, welche die sozialdemokratischen Bestrebungen zu verfolgen Zeit und Gelegenheit hatten, sich mit Absicht von diesem Truggebilde abwenden müßten.“

Wohl ist es nicht unbemerkt geblieben, daß die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage, wie im Landtage jetzt angeht, die neuen Wahlen einen Ton anschlagen, der die Wähler über ihre Ziele täuscht, der sie ihrer Partei für den Wahlkampf ungenügsamer machen soll, aber dieses Liebeln mit Geiz und Erdrung wird doch noch weit übertrieben durch den Inhalt des gestrigen Flugblattes!

Als ob man nicht wüßte, daß die heutigen Führer der Sozialdemokratie, die „Grenader“, als solche Anhänger der Marx'schen Lehre sind, als ob man nicht wüßte, daß Marx den Kampf gegen Christenthum und monarchische Staatsform geführt hat, daß er vom Auslande seinem Ingrimm gegen Alles, was deutsch und christlich, die Zügel schiefen ließ.

„Aufhebung der Religion sollte nach seiner Anschauung der Aenderung in den sozialen Verhältnissen vorangehen. Die Religion sei nichts als ein Erzeugniß des Staates und der Gesellschaft.“

„Aus einem umfangreichen Werke „Das Kapital“ (1867) geht in ausführlicher Darlegung hervor, wie er die Aenderung der sozialen Verhältnisse anstrebt. Dieses Buch aber bildet den Inbegriff aller Forderungen der heutigen Sozialdemokratie. Was Marx und noch ihm die Sozialdemokratie verlangt, ist 1) Grundbesitzliche Aufhebung des Privateigentums und 2) Uebergang zur kollektivistischen Produktion.“

Wenn man unsere heutige Sozialdemokratie fragt, wie die Grundlagen für das neue Gesellschaftssystem geschaffen werden sollen, so sagen sie freilich: „auf gewaltthätigem Wege.“ Marx war freier im Ausdruck seiner Gedanken. „Bermittelt durch den Eingriff in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktions-Verhältnisse“, sagt er: „Es gibt nur ein Mittel, den revolutionären Fortschritt.“

„Über auch das Wort „auf gewaltthätigem Wege“ ist von den Sozialdemokraten im dem bekannten Gothaer Programm gestrichen worden. Hieran vom Abg. Dr. Kulemann in dessen Rede vom 7. November v. J. erinnert, hat Bebel zwar verneint, zu erläutern, daß und warum die Streichung erfolgt und daß sie wieder aufgehoben worden sei, er hat, streichend er sofort nach Dr. Kulemann das Wort ergriff, nicht verneint, noch verneint, seine und seiner Parteigenossen früheren Versicherungen zu widerlegen oder zurückzuführen, auf die Dr. Kulemann ihn hingewiesen hatte. Des Letzteren Rede lautete, wie folgt:

„Gaben Sie nicht die Rede gehört, die darauf hinausging, daß man sich mit den Anarchisten identifiezt. Sie werden mir einwenden, daß der Herr, der es that, Hoffmann, nicht zu Ihnen gehört. Aber haben Sie nicht auch die Rede gehört von derselben Tribüne im Frühjahr 1888, wo uns ganz unverhüllt zu verstehen gegeben wurde, daß Jedem, der hier mitwirken wollte an solch' heillosem Werke, mit der persönlichen Verantwortung drohtet wurde, d. h. doch ganz deutlich, wenn wir die Skulpturen in der Hand haben, werden Sie die ersten sein. Ich erinnere ferner an das Telegramm nach Chicago. Die Anarchisten sind also lediglich der radikale Flügel der Sozialdemokraten. Ueber die Anarchisten hat sich Herr Bebel selbst ausgesprochen und damals geradezu gesagt: Ja wohl, den Königsmord als höchste Spitze verwerfe ich keineswegs prinzipiell. Ich glaube nun, daß die Unterthier gegen die Anarchisten, wir wollen die Gewalt erst dann anwenden, wenn wir glauben, auch einen praktischen Erfolg zu erzielen. Das ist der ganze Unterschied, und Herr Bebel konstatierte ganz konsequent: wenn wir russische Zustände bekümmern, er auch derjenige sein, der zum Königsmord seine Zuzucht nähme.“

Soweit der Bahlaufreiß.

„Aufhebung der Religion“, despotische Eingriffe in das Eigentumsrecht“, „revolutionärer Terrorismus“, „ungewöhnliches Vorgehen“, „Zensurierung mit Anarchisten und Anarchisten“, „Königsmord“, — man sollte meinen, das kann seine Wirkung unmöglich verfehlen. Der Wähler, der das liest, muß antisozialistisch wählen, wenn er nicht ein totaler Habenichtse ist, der nicht arbeiten und doch lüppig leben will.

Wollan, der Aufruf ist an die Wähler des 16. städtischen Wahltagswahlkreises in Sachen gerichtet. Er wurde veröffentlicht am Vorabend der Nachwahl. Die Annäherung des Wahlrechts zum städtischen Landtage ist an einen Census geknüpft, der die ganz Armen und mittellosen Arbeitunfähigen ausschließt. Und die Wähler können hin und wählen — den Sozialdemokraten.

Lange machen gilt nicht!

## Arbeitsenqueten im Lande der Sozialreform.

I.

Nichts charakterisirt die Sozialreform, wie sie in Deutschland unter der Leitung des größten aller sozialreformatorischen Staatsmänner und der Sozialisten aller Dynastien betrieben wird, besser, als die deutschen Arbeits-Enqueten. Gemeinlich versteht man unter Arbeits-Enqueten Untersuchungen, angestellt, um über die Verhältnisse einer mehr oder minder unnothwendigen Kategorie von Arbeitern — Arbeiter einer bestimmten Industrie, eines Industriezweigs, eines bestimmten Geschlechts, einer Produktionsweise, oder auch eines ganzen Landes — die Wahrheit zu ermitteln. Die deutschen Arbeits-Enqueten werden gerade umgekehrt zu dem Zwecke veranstaltet, die Wahrheit nicht zu ermitteln oder zu verschleiern.

Da hat jetzt der Reichs-Anzeiger die „Denkschrift über die staatliche Untersuchung der deutschen Vergarbeiter-Verhältnisse“ veröffentlicht, von der in der offiziellen Presse so großes Aufsehen gemacht wurde; und in der ganzen unabhängigen Presse, bis weit hinein in die Kreise der Reichstreuen aller Reichstreuen, ist nur eine Stimme darüber, daß diese „Untersuchung“ geradezu ein Hohn ist auf den Begriff einer wirklichen Erforschung der Vergarbeiter-Verhältnisse. Von A bis Z ist die ganze Denkschrift nichts als ein leuchtendes Nachwerk, bestimmt, Material gegen die Arbeiter zu liefern, wo immer und von wem es verlangt wird. Beamte haben die „Angehörte“ vorgenommen, und selbstverständlich in echt bürokratischer Weise. Die Arbeiter, um die sich die Untersuchung doch dreht, wurden vernommen, wie etwa vor Gericht: „Angeklagter, treten Sie vor und beantworten Sie gewissenhaft folgende Fragen“. Keine Abschweifung Angeklagter, antworten Sie mir, wannan Sie gefragt werden. „Aber ich muß Ihnen doch erklären...“ Nichts da, halten Sie sich streng an die gestellten Fragen. „So, und nun treten Sie ab. Der Zeuge Bergwerkdirektor H. müßte hereinkommen.“

Von einer kontraktualistischen Verhandlung, bei der auch die Arbeiter das Recht der Fragestellung haben, oder gar von der Zuziehung von Vertrauensmännern der Arbeiter als Beisitzer keine Rede. Das hätte ja für die Herren Unternehmer unangenehme Erörterungen hervorgerufen können, wäre auch gegen alle von Gott eingelegte Subordination. Die Arbeiter dürfen im Unternehmen nichts als ihre natürlichen Vorgesetzten leben — verstanden? Sie sollen froh sein, daß sie vor staatlichen Beamten das Wort erhalten.

Beamte haben die „Angehörte“ aufgenommen, und ein Beamter oder Beamte des Ministeriums haben das so aufgebraute Material zu einer

## Sozialpolitische Rundschau.

London, 5. Februar 1890.

— Ein Wort an den Minister. In der Schlussung des deutschen Reichstages sagte nach dem stenographischen Bericht Minister von Herrfurth in Bezug auf den „Sozialdemokrat“:

„Aun, meine Herren, wir leben leider, daß die Masse da draußen sich an diese Lehren nicht hält; die findet nicht die Rücksicht ihres Handelns in den mit einem wissenschaftlichen Anstrich versehenen und unangenehm gemäßigten Debatten der Führer in der parlamentarischen Fraktion; sie sieht ihr Evangelium und die Richtschnur ihres Handelns in dem Londoner „Sozialdemokrat“, dessen Einschmuggelung und Verbreitung geradezu als der Sport der Sozialdemokratie bezeichnet werden kann.“

(Hört! hört!)

Meine Herren, was dieses Blatt anbelangt, so bedarf es wohl eigentlich einer weiteren Charakterisirung desselben nicht. Ich glaube, jedem in diesem hohen Hause ist der Charakter dieses Blattes bekannt, und ich unterlasse nicht etwa einzelne Stellen aus demselben noch vorzulesen. Ich unterlasse das um so mehr, als ich mich ja sonst wohl auch der Verbreitung des „Sozialdemokrat“ gewissermaßen schuldig machte.

(Weintreiß.)

Aber ich habe in dem engeren Kreise der Kommission derartige Mittheilungen gemacht, und ich kann nur das Eine konstatiren: fast in jeder Nummer dieses Blattes sind Straftaten enthalten, welche unter das gemeine Recht fallen. Es finden sich fast in jeder Nummer Vergehen, welche §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuchs mit Strafe bedrohen, nämlich Aufforderung zu Gewaltthätigkeiten in friedensfördernder Weise, Verbreitung erbideter und entstellter Thatsachen, welche die Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen bestimmt sind; und fernerhin Majestätsbeleidigungen, welche von diesem Blatt neuerdings geradezu in einer Art Specialart ausgeübt sind. In jeder Nummer desselben aber sind — das ist zweifellos — Bestrebungen vorhanden der in dem § 1 des Sozialistengesetzes bezeichneten Art, Bestrebungen, welche auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sind, und welche

Ein Belegstück zu dem, was wir im Artikel „Deutsche Arbeiter-Enquete“ über Bismarck sagen, findet sich in dem soeben erschienenen ersten Band der von dem bekannten Oberösterreichischen Pöchlinger her- ausgehenden „Kritik zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck“. Dieses, zum Nutzen und Preis des großen Sozialreformers zusammengefasste Buch enthält u. A. ein Schreiben Bismarcks vom 10. August 1877 an den Handelsminister Dr. Schenck, in welchem derselbe seine Opposition gegen Arbeitervereine ausgesprochen und Fabrikinspektionen freigegeben hat. Es heißt da u. A.:

„Die Kämpfe der Arbeiter und Arbeitgeber drehen sich wesentlich um die Höhe des Anteils eines Jeden am Gewinn und um die Höhe der Leistung, welche vom Arbeiter verlangt werden darf, um Lohn und Arbeitszeit. Das irgendwie die Punkte, welche der vorliegende Entwurf berührt und namentlich die Sorge für körperliche Sicherheit der Arbeiter, für die Schonung der Jungen, für die Trennung der Geschlechter, für die Sonntagsheiligung, auch wenn diese Fragen viel befriedigender gelöst würden, als es der Entwurf beabsichtigt, ... daß die Steigerung der Macht der Staatsbeamten den Frieden der Arbeiter und der Patrone herstellen würde, ist nicht anzunehmen. Im Gegenteil, jede weitere Hemmung und künstliche Beschränkung im Fabrikbetriebe vermindert die Fähigkeit des Arbeitgebers zur Lohnzahlung.“

Es ließe unsere Leser befehligen, wollten wir diesen kaiserlichen Er- gang mit einem Kommentar versehen. So etwas muß man ohne Zusatz ge- schehen und dann — weiter verbreiten.

Eine Situation von überwältigender, weil unabsichtlicher Komik war es, als der Kassier gebildete Präsident v. Levetzow am Schluß der abgelaufenen Session des Reichstages den Kaiser Wilhelm in schwungvollem Pathos mit dem Rufe der römischen Gladiatoren apostrophierte: *Moriturus salutate!* — dem Tod Gemächte grüßen dich, Kaiser!

Auf den Gesichtern der Kartellbrüder malte sich der blasse Schrecken über diesen kühnen, kassisch verbrämten Populisten, der ihnen offenbar als ein gar böses Vorzeichen galt und ihnen, trotz ihres von den Wahrheiten des Christentums so völlig durchdrungenen Bewusstseins den Gedanken an eine fröhliche Auferstehung zu nehmen schien. Wie manchem dieser dünnhäutigen und glasartigen Gladiatoren mag sich bei diesem unheilvollenden Worten die unheimliche Gewissheit aufgedrängt haben, daß er in der Arena des Wahlschlachtfeldes, wenn auch nicht sein Leben, so doch sein Abgeordnetenmandat werde lassen müssen! Wie ein grausamer Komet, ebenso plötzlich, unerwartet und von einer ebenso erschütternden Wirkung begleitet, ging das Wort des Präsidenten durch den Reichstagsaal.

Und von wem unbeherrschter Komik war der Knall dieser lobeswürdigen Ausrufes? Die Urnen geistig oder körperlich, oder gar geistig und körperlich gebrechliche, ausgetrocknete wandelnde Wüsten, aus deren Leben und Wankern einen der widerlichen Nidergeringer ver- gangenen Jahrhunderte anwacht, die Wunden wunden, fettbüchlige Genüßmenschen, deren Vorliebe für einen guten Tropfen und einen guten Bissen unversenkbar; Prachttempel, von Fallstufen, in deren Rinde sich auch Fallstufen gemalte Weisheit: „Vorwärts in der bessere Teil der Tapferkeit“, weit besser anzunehmen würde, als das *Moriturus salutate!* der römischen Gladiatoren.

Allerdings eines haben sie vor ihnen voraus: die Gesinnung. Die Gladiatoren waren Sklaven, sie sind Bediente, jene wählte das *Moriturus salutate!* abzugeben, sie ersteren freiwillig —

„Ersteres das Wort, es post nicht recht  
In solchem Speichelleden.  
Ich weiß ein anderes, das klingt nicht schlecht,  
Es heißt: Gehorchen verreckt!“

Internationale Solidarität. Von den Antwerpen Genossen sind uns als erste Karte ihrer Sammlung für den Wohlfonds der deutschen Sozialdemokratie 750 Franken zugegangen. Wir quittieren den Beitrag an anderer Stelle, hier wollen wir nur noch einmal diesen viel überaus anderen Genossen des Aus- landes, die so eifrig bemüht sind, ihre internationale Solidarität den deutschen Arbeitern gegenüber durch die That zu beweisen, unsere leb- hafteste Anerkennung ausdrücken. Sie dürfen überzeugt sein, daß die deutschen Sozialdemokraten diese Beiträge als einen weiteren Ansporn betrachten werden, alles aufzubieten, um der Sache des Sozialismus am 20. Februar einen glänzenden Triumph zu bereiten, der nicht nur innerhalb der Grenzen Deutschlands, sondern in allen Ländern be- fruchtend auf die Bewegung des um seine Emanzipation ringenden Proletariats zurückwirken wird.

Daß die deutschen Sozialisten ihrerseits jederzeit bereit sind, dieselbe Solidarität zu bekunden, braucht hier nicht hervorgehoben zu werden. Es ist noch kein Appell von bedrängten Brüdern des Auslandes an sie ergangen, denn sie nicht freudig nachgekommen wären.

Die anarchische „Revolte“ ist gar ungehalten, daß die Reichstagsmitglieder der deutschen Sozialdemokratie den westfälischen Bergarbeitern nach Möglichkeit von einem Streik abriethen, der unter den obwaltenden Verhältnissen nicht nur keine Aussicht auf Erfolg bietet, sondern auch mit der voranschreitenden Niederlage der Festigung der kaum geschaffenen Organisation der Bergleute zur Folge haben würde — von den sonstigen Plänen des mit der Staatsgewalt kon- taktierten Ausbeterthums ganz abgesehen.

Noch weniger gefällt es der „Revolte“, daß die Bergleute dieser vernünftigen Vorstellung nachgegeben und beschlossen haben, den Streik bis nach Beendigung der Reichstagswahlen zu vertagen. „Wenn das alles wahr ist“, schreibt sie, — und es liegt kein Grund vor, diese That- sachen zu bezweifeln, soll da eine Hand die andere waschen. Wer aber sind die Betroffenen? Die Bergarbeiter.“

Natürlich. Wahrscheinlich ist es auch aus Liebe für die Bergarbeiter, daß die ganze Polizei- und Ausbeterpresse, von der „Kölnischen Ztg.“ angefangen, Bath darüber schäumt, daß der Streik jetzt nicht stattfinden wird. Den Arbeitern sagen, daß ihre Feinde vor Begierde brennen, sie zu Boden zu schlagen, heißt sie „betriegen“.

Jemand ruhig in sein Verderben laufen lassen, ihn nichtahnend den Kampf aufschwimmen lassen, wenn der Feind mit dreifach starker Macht im Hinterhalt liegt, das wäre wahrscheinlich die Taktik nach dem Herzen der „Revolte“.

Stolz lieb ich den Spanier. In der „Frankfurter Zeitung“ finden wir in der Rubrik „Wahlbewegung“ folgende Notiz, datirt Stuttgart, den 28. Januar:

„In dem in ganz Württemberg gestern und vorgestern zur Ver- tretung gelangten Freitag der Sozialdemokraten, welches inswischen von der Stadtdirektion Stuttgart und mehreren Kreisverwaltungen auf Grund des Ausnahmegesetzes beschlagnahmt wurde, ist u. A. erklärt, daß die Sozialdemokraten die „fogenannte Volkspartei“ auch nur wie die übrigen Parteien „bekämpfen“ könnten, da sie ebenfalls „auf dem Boden der bestehenden Ordnung“ stünde und höchstens „für kleine Milderungen“ einträte. Dem gegen- über bemerkt der hiesige „Beobachter“: „Wir werden den uns an- gekündigten Kampf aufnehmen; wir begreifen, daß die Volkspartei von der Sozialdemokratie bekämpft wird. Denn der Volks- partei mit ihrem unverbrüchlichen Festhalten an den freirechtlichen Ge- danken und Forderungen hat es die Sozialdemokratie anzuvertrauen, daß sie in Württemberg nicht die gleichen Fortschritte gemacht hat, wie in den andern deutschen Staaten, in welchen die bürgerlichen Parteien dankend oder vorübergehend von den Ideen der Demokratie abgesehen sind. Die Volkspartei ist, wie das Beispiel Württemberg beweist, nicht die Vorhut, sondern ein Wall gegen die Sozialdemo- kratie und wird dieselbe in um so höherem Grade bleiben, wenn sie nicht nur „auf dem Boden der bestehenden Ordnung“, sondern auch auf dem Boden der Rechtsgleichheit beharrt. Die Volks- partei verlangt staatliche Gerechtigkeit auch für die Gegner von der Sozialdemokratie.“

Die Volkspartei als ein Wall gegen die Sozialdemokratie, das mag für Schwaben, so wenig es an sich richtig ist, allenfalls passiren. Dort spricht wenigstens der Schein dafür. Aber es in der Frank- furter Zeitung zu wiederholen, dazu gehört eine merkwürdige — Skourage.

„Einen geradezu großartigen Erfolg“ — lesen wir in der „Erfelder Freien Presse“ — „hat die Sozialdemokratie in dem bis- herigen Verlauf der Wahlkämpfe schon zu verzeichnen. Die Anti- semitische Partei scheint aus Württemberg verschwunden, was sie sich schon ziemlich festgesetzt hatte. Der diesjährige Wahlsieger sollte eine mächtige Unterstützung des Antisemitismus bringen, große Hoffnungen waren erweckt, der König der Antisemiten, der von seinem Wohnort in Witten ganz Württemberg „nehmen“ wollte und als Kandidat aufgestellt war, hat, wie bekannt, seine Kandidatur im Kreise des Hoch- zugs zurückgezogen. Er hatte sich extra den Wählerprediger Leuz aus Berlin, Redakteur des „Volk“ verpflichtet, in allen Städten des großen Kreises hielten diese beiden Versammlungen ab, vierhundert Tam-Tam wurde geschlagen und das Ende vom Liede ist der traurigste Auszug, der sich denken läßt. In der großen Versammlung zu Weinstetten war es der Scharführer Lehmann, welcher ihnen zurief: „Biel Stimmchen kriegen Sie doch nicht, aber Sie sollen gar keine haben.“ Und so kommt es auch. Das Bürgerthum des Riesenkreises hat nichts gethan, um „die Schmach des Jahrhunderts“ abzuwehren, es waren Arbeiter, sozialdemokratische Arbeiter, die durch ihr ener- gisches Auftreten den König zwangen, von seiner Kan- didatur abzuziehen.“

Die Sozialdemokratie ist thätiglich die gefährlichste Gegnerin des Antisemitismus. Die gefährlichste, weil die laienhafteste. Ihr gegen- über, die die Beseitigung der Ausbeutung in allen ihren Formen auf ihre Fahne geschrieben, und als das einzige Mittel zur Erreichung dieses Heiles die Abschaffung der heutigen Produktionsweise erkannt hat, verlagern alle Scheinargumente der Herren Antisemiten, die nichts wollen, als die Ausbeutung monopolisieren.

— Gegen das allgemeine Wahlrecht bringt das amtliche Organ der sächsischen Regierung, die „Leipziger Zeitung“, einen Artikel, in welchem es heißt:

„Daß die Stimmen nur gezählt und nicht gewogen werden, wießt ein Unrecht, mit dem wir aber außerordentlich leiden, weil es unsere sozialen Verhältnisse verblüht und unergiebt. Das allgemeine Wahlrecht brachte uns schon die Minderjährigkeit der für uns im Reichstag Sitzen, das Sozialstimmrecht mit seiner Härte und Notwendigkeit, seinen resultatlosen Verhandlungen im Reichstag ... Das allgemeine Wahlrecht besteht einmütig und wird werden darunter leben und leben, bis nach schwerer Vorparlamentarischer Bundesthats und Reichstag die Unhaltbarkeit desselben einsehen.“

Deutlicher kann man es nicht aussprechen, daß die Minderjäh- rigkeit und das Sozialstimmrecht gegen die Arbeiterklasse gerichtet sind. Denn der bemerkteste Fehler des Allgemeinen Wahl- recht ist es, daß es — den Arbeitern ermöglicht, Vertreter nach ihrem Herzen zu erwählen. Darum schließt auch der Artikel mit einem schmerzhaften Hinweis auf das „richtiger abwägende Drei- klassenwahlrecht“, dessen sich — Preußen erfreut.

Wenn „elendliche aller Wahlgesetze“ werden freilich die Wähler gezwungen. Je mehr einer — im Zeit ist, um so gewichtiger seine Stimme. Jezt weiß ich nicht, ist es mein Verdienst, daß ich in der ersten Wählerklasse wähle oder das meiner Oeffen“, wie unser Schlichtermeister sagte.

O Volk der Denker!

— Bismarck hat das preussische Handelsministerium ab- gegeben, und sein Nachfolger ist der bisherige Oberpräsident der Rheinprovinz, von Berlepsch. Es wird vielfach behauptet, dieser Wechsel sei hauptsächlich deshalb notwendig geworden, weil Wilhelm die Notwendigkeit fühlte, auf dem Gebiete der Arbeiterangelegen- heit den Arbeitern einige Konzessionen zu machen, Bismarck aber von denselben nichts wissen wollte.

Das Letztere wissen wir gerade — das Erstere wäre nicht un- möglich, nachdem die schlesischen und westfälischen Arbeiter dem jungen Hohenzoller so deutlich gezeigt haben, daß sie sich nicht mit leeren Worten abgeben oder durch Drohungen einschüchtern lassen. Daß sie, nachdem die faherliche Gnadendonne ihnen genehmigt, hingangen und für die Sozialdemokratie demonstrierten, hätte demnach schon Früchte getragen.

Ann, warten wir ab. Sicher ist, daß wenn die Arbeiter etwas er- reichen wollen, dies nicht durch schwächliches Beugen geschieht, sondern durch kräftige Kundgebung eines entschlossenen Willens. Und das heißt: Beitritt zur Sozialdemokratie, der Partei des Proletariats.

— Weitere definitive Kandidaturen:

- Berlin I. Konstantin Schulte.
- II. Antonia Janiszewski, Buchbinder.
- III. Colar Wildberger, Tapezier.
- IV. Paul Singer.
- V. Albert Auerbach, Kaufmann.
- VI. Wilhelm Liebknecht.

- Hamburg I. August Weber.
- II. J. S. W. Dieck.
- III. Wilhelm Wagner, Journalist.

Leipzig: Th. Schwarz, Gastwirt.

Bremen: J. Bruhn, Zigarrenarbeiter.

Provinz Schleswig-Holstein:

- 1. Halderleben-Sonderburg: Mahle, Hensburg.
- 2. Apenrade-Hensburg: Mahle, Hensburg.
- 3. Schleswig: Böde, Wähler, Kiel.
- 4. Tondern-Husum-Eiderstedt: Wendrup, Hensburg.
- 5. Norderrithmarthen-Säberdithmarthen-Stein- burg: Aloh, Schuhmacher, Elmshorn.
- 6. Pinneberg-Ottensen-Neumühlen: S. Mollenbühr, Zigarrenarbeiter, Kellinghusen.
- 7. Kiel-Rendsburg: S. Förster, Zigarrenfabrikant, Hamburg.
- 8. Altona-Stormarn: C. Frohme, Hannover.
- 9. Segeberg-Plön: S. Steinfatt, Hensburg.

— Da wir die veränderte Notiz des „Leipziger Tage- blatt“ gegen Genosse Auer seinerzeit abgedruckt, so wird unsern Lesern auch die nachfolgende Stelle aus einem Brief Auers an die Redaktion der „Chemnitzer „Presse“ von Interesse sein, worin dem Spärrischen Moniteur die gehörende Antwort und zugleich die Be- richtigung darüber zu Theil wird, daß Auer trotz seines leidenden Zu- standes noch ganz gut heimzukommen versteht.

„Daß das „Leipz. Tageblatt“ mich in einem der ähnersten An- matischen Kurorte“ meine Gesundheit pflegen läßt und das „ganz in der Ordnung findet“, ist von dem Organ für Schwachsinn und Kartoffelköpfe wirklich recht lebenswürdig. Schade nur, daß die wohl- wollende Theilnahme, welche sich in der Notiz für mein körperliches Befinden ausgedrückt findet, durch eine so grobe Woge entsetzt wird. Der Dörferkomplex nämlich, welcher hier unter dem Sammelnamen „Monteur“ in einer herrlichen Wacht des Genfer Sees liegt, ist gerade um deswillen armen Teufel, die es notwendig haben, den Winter in einem milderen Klima zuzubringen, zu empfehlen, weil man hier noch verhältnismäßig sehr billig leben kann. In dem Hause, wo ich z. B. wohne, wird für 2 Ffrs. pro Tag (also 1.60 M. Red.) volle Pension gegeben, d. h. Morgens Kaffee mit Butter und Brot, Mittags und Abends je 2 Gläser Fleisch, Gemüse und Suppe. Dazu auch noch jedes Mal 1/2 Liter Wein. Ich war geradezu erstaunt, wie es möglich sei, daß die Leute für das Geld das liefern können. Ich habe mit meiner Frau bis Anfangs Januar in dieser Pension geessen. Seither der- fachen wir uns den Kaffee selber und ebenso holt meine Frau, was zum Abendbrot und zum Vesper gebraucht wird, direkt vom Markt. Zur Mittags essen wir weder in der Pension. Daß man hier, wie allerwärts, auch viel Geld los werden kann, wenn man es hat und das Bedürfnis fühlte, es an den Mann zu bringen, will ich gerne zu- geben. Aber bis jetzt habe ich außer ein Paar verfallenen deutschen Gulden und geleckt aussehenden Akerbarriern a. D. und Reservier- leutenants, die allerdings fast jeden Vormittag ihr Champagner- Frühstück halten und dann geblendet durch die Straßen wandern — noch niemand gesehen, der sein Geld nur zu dem Zwecke zu benutzen scheint, sein Geld „um jeden Preis“ an den Mann zu bringen.“

— In einer, der Berliner „Volkszeitung“ aus Südwestdeutschland zugehenden Zuschrift lesen wir:

„Das Streben der akademischen Welt, das alle freie Gesinnung, alle Prinzipien, jede Haltung vor der fremden Meinung mit Füßen tritt, das die Hölle der Ökonomie überherrscht, leuchtet auch bei uns im milden Sonnenlicht der Gnade von oben. Ein Privatdozent, der über Staatswissenschaftlichen lehr, sehr viel „Kritisches“ und noch mehr Unkritisches schreibt, hat vor einiger Zeit ein hübsches Beispiel kritischer Gesinnungsfähigkeit gegeben. Der Hiebmann, welcher schon recht lange die Beförderung zum Professor erwartet, hat an die, welche es angeht, eine gehobene Supplik gerichtet, in welcher er summarisch auf seine Verdienste um die „kritische Veranlassung“ des wissenschaftlichen Sozialismus hinweist. Als Inhaber des Lehrauftrags, als Hauptbeleg für seine Loyalität, führt der Wacker — etliche Nummern des „Führer „Sozialdemokrat“ auf, in welchen er angegriffen worden war! Leider ist ihm die Geduldspalte noch nicht geworden, er ist noch immer nicht Professor, und das ist sehr schade.“

Was mag das für ein — Vogel sein? Kann vielleicht einer unserer Leser uns Auskunft geben?

— Welchen Umfang die Wirtschaftskartelle in Deutschland angenommen haben, geht aus einer Zusammenstellung der Fachzeitschrift „Industrie“ über die Kartellbewegung im Jahre 1889 hervor, die, wie die „Fest. Ztg.“ schreibt, seit Langem alle Erscheinungen auf diesem Gebiete mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Nach dieser Berech- nung“ schreibt das genannte Blatt, „bestanden im Vorjahre innerhalb Deutschlands nicht weniger als 56 Kartelle. Die Mehrzahl derselben entfiel naturgemäß auf unsere beiden größten Produktionszweige, die Textilindustrie (mit 20 Kartellen) und die Eisen- und Metallbranche (26 Kartelle). Dann folgt die Industrie der Weine und Erden, sowie überallhin der Weise das Kleinere mit je neun Vereinigungen, das chemische Großgewerbe mit acht, Handel und Verkehr mit sechs, der Kohlenbergbau und Mäherer, Branerei, Sägewerke mit je fünf Kartellen. Die Salzproduktion hat drei Preis- koalitionen, die Zucker- und Papierbranche je zwei.

„Wer hätte noch vor zehn Jahren“, fährt die „Fest. Ztg.“ fort, „an eine so rasche Entwicklung dieser monopolistischen Wesen gedacht, welche die Schutzzölner damals nicht für ausreichend genug als Ausgebüret der menschlichen übertriebenen freien Konkurrenz in Amerika schildern konnten? Heute hat die „nationale Wirtschaftspolitik“ das Koalitions- wesen mit den schimmlichen, unsere Ausfuhr hemmenden Preisbeschrän- kungen zu höchstem Flor gehiebt und die nordamerikanische Entwick- lung weit überflügelt. Denn für die Nordamerikanische Union kann die „Industrie“ mit 62 Kartelle aller Branchen anführen, also bedeutend weniger, als für unser, mit dem Segen der „nationalen Wirtschaftspoli- tik“ beglücktes Vaterland. Der Zollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß noch elf internationale Preisartikelle für Blei, Kupfer, Zink, Schil- solperer, Säuren, Spiegelglas, Zucker, Dynamit und Holz in Betracht kommen, sowie, daß das schutzzöllnerische Osterreich-Ungarn gleich an dreier Stelle hinter Deutschland und Amerika rangiert, während das freihändlerische England erst an vierter Stelle kommt. Das wirtschafts- politische Fazit des Ganzen ist aber: wie in der künstlichen Ver- zerrung der notwendigen Lebensmittel durch agrarische Maß- regeln, so marschirt Deutschland in der künstlichen Preis- treiberei an der Spitze aller Nationen. Auch diese Gleich- mäßigkeit in den wirtschaftlichen Erwerbissen weist darauf hin, daß wir die Urheber für beide Erscheinungen in denselben schutzzöllnerischen Lager zu suchen haben, gegen das sich also die gesunde gewerbepolitische Reaktion der Wähler richten muß.“

Daß die Schutzzöllner die Kartelle besonders begünstigt, ist richtig. Aber sie gedeihen auch, wo der Freihandel herrscht, wie das Beispiel Englands und die internationalen Kartelle beweisen. Sie sind die Konsequenz des modernen Wirtschaftssystems. Wir sagen das nicht, um ihre Ausdehnung in Deutschland zu beschönigen, sondern nur um der Illusion vorzubeugen, als ob mit den Schutzzöllen auch die Kartelle fallen werden.

— „Arbeiter-Unruhen in Böhmen“ — „Demolierung von Glasfabriken durch unzufriedene Arbeiter“ — „Notwendig- keit militärischer Intervention“ — das war im Laufe der vorigen Woche in der Bourgeoisepresse aller Länder zu lesen. Man mußte glauben, daß die böhmischen Glasarbeiter aus reinem Übermut oder blinder Verzweiflung gleich Beifüssen haften, von Keinen beweisend, wie notwendig es ist, die Arbeiter durch wirksame Polizeigesetze im Zaum zu halten. Es ist richtig, erbiterte Arbeiter haben in den Glas- fabriken Böhmens sich dazu hinreissen lassen, nicht Fabriken, sondern Waaren in den Fabriken — was gefällig ein Unterschied — zu zertrümmern, worauf sofort Militär bei der Hand war, die ge- samte Arbeiterkraft in Schach zu halten; aber so bedauerlich dieser unbedenken Schritt war, so begreiflich wird er, wenn man erfährt, in wieviel grenzenloser Lage diese Arbeiter leben — wenn man erfährt, wie schändlich diesen Arbeitern mißgehandelt worden ist. Nicht die Aus- schreitungen — das entsetzliche Geseh, die scheußliche Ausbeutung und Ab- raderung, deren Opfer diese Arbeiter sind, das gehört in die Welt hinaus geschrieben, so laut, daß es jedem von unserer „bedrohten Kultur und Zivilisation schwachenem Willen“ in die Ohren gellt und das verlogene Wort auf seiner Lippe erstarken macht.

Man lese nur folgenden Auszug aus den Auslandsbüchlein, den die Wiener „Arbeiterzeitung“ in ihrer neuesten Nummer zum Abdruck bringt. Er spricht in seiner ruhigen und doch so tief ergreifenden Sprache ganze Bände.

Arbeiter Oesterreichs!

Ihr Alle werdet von dem Streik der nordböhmischen Glasarbeiter gehört oder gelesen haben! Nur die äußerste Noth war es, welche uns zu diesem Schritte trieb, denn schon seit vielen Monaten sind wir gezwungen für einen Lohn zu arbeiten, welcher zur Befriedigung des menschlichen Lebens- unterhaltes nicht mehr hinreichte, Hunderte von uns wären nicht im Stande gewesen, sich auch nur an den billigen Nahrungsmitteln zu füttern, wenn nicht in der Hoffnung auf bessere Zeit von den Kauf- leuten Kredit gewährt worden wäre. Doch eine bessere Zeit kam nicht; im Gegentheil versuchte man einen Lohn, der bei bestenfalls 3—4 in 14 Tagen nicht überstieg, noch herunter zu drücken. Und dies mit wem? An der äußersten Grenze menschlichen Elendes an- gelangt! Todmüde von der anstrengenden, gesundheitsgefährlichen Arbeit, schwach und entkräftet durch die farge, unzureichende Nahrung, ohne Aussicht und Hoffnung auf eine bessere Zukunft, schon es uns, daß ein schnelles Ende diesen fetten Ringen um ein qualvolles Dasein vor- zuziehen sei.

Wir stellten die fruchtlose Arbeit ein. Nun kam es zu Verhandlungen zwischen uns und den Arbeitgebern. In der am 9. Januar abgehaltenen Versammlung fanden letztere nicht den Muth, unsere beschiedenen und gerechten Forderungen entgegenzu- treten, zumal, wie zugegeben werden muß, einige dieser Herren selbst eine Aenderung zu unsern Gunsten wünschten. Unsere Forderungen wurden bewilligt und freudig nahmen wir die Arbeit wieder auf.

Doch wie bald sollten wir uns enttäuscht sehen! Die Arbeitgeber haben ihr gegebenes Wort gebrochen. Den neuen Lohnstarf bekamen wir allerdings; aber, welcher Lohn! Seine Arbeit außer zu den alten, elenden Löhnen. Und es fanden sich, zu unsern heißen Bedauern und zu unserer Beschämung auch es gelang nicht werden, unter uns Leute, welche sich, nur um überhaupt Be- schäftigung zu haben, bewegen ließen, die dringende Arbeit für den alten oder doch nur wenig erhöhten Arbeitslohn anzu- fertigen. Alle Nebrigen hoffte man durch angeblichen Arbeitsmangel bald gefällig zu machen. Da aber veranlaßte die Furcht, das bisherige Geld auch weiterhin tragen zu müssen, auf der Verzweiflung zu greifen, welche sich aber lediglich auf das Zerlegen einiger Glaswaaren erstreckten um ihre unvernünftigen Arbeitsgenossen von Weiterarbeiten abzuhalten. Diese Unselbstigen, doch nicht, besser gesagt Unglücklichen, wurden gefällig eingenommen und ihre Familien lehr sich nur der erbarmungswürdigen Lage Preisgeben. Aber nicht nur die, wir Alle leben mit Wangen und Grollen einer un- vernünftigen Zukunft entgegen. Wir sind Tausende und vernügen doch nicht gegen die Wenigen, welchen wir unsere Arbeit, unsern Lohn und unser Leben zu verkaufen, um jeden Preis zu verkaufen gezwungen sind.

Arbeiter Oesterreichs! Aus tausend verzweifelten Herzen ruft sich ein andauernd Nothschrei, ein angsterfüllter Hilferuf. Laßt ihn nicht ungehört verhallen, laßt ihn in eure Herzen dringen und dort einen

Widerhall finden. Der Arbeiter hat ja Niemanden auf der Welt, an den er sich in höchster Bedrängnis wenden könnte, als Zeinesgleichen, denn menschliches Geld vermag nur der richtig zu erkennen und zu wärigen, der es selbst schon durchkostet hat. Und so wenden wir uns denn vertrauensvoll an Euch: Geht nicht zu, daß man eine ohnehin tiefergehende Arbeiterchor vollends niederbricht, zeigt, daß hinter jedem Arbeiter Tausende, ja Millionen stehen, bereit um Schuße und zur Rettung. Für jeden, auch den kleinsten Betrag, werden Euch Tausende ihren tiefgefühlten Dank zurufen, und was Alle wird jede Unterstützung mit frischer Thätigkeit belegen, denn das Bewußtsein, daß wir nicht allein stehen, daß wir rings von einer opferwilligen, hilfereichen Brüderchor umgeben sind, wird uns auf's Neue Mut und Hoffnung verleihen!

Die nothleidenden Glaschleifer.  
Die Arbeiter-Vg. hat natürlich sofort eine Sammlung eröffnet, und bei der bewundernswürdigen Opferwilligkeit, welche die österreichischen Arbeiter in neuerer Zeit wiederholt an den Tag gelegt, ist nicht zu zweifeln, daß den armen Glaschleifern die erwartete Hilfe ihrer Kameraden zu Theil werden wird. Inzwischen haben sich allerdings auch — nachdem das Militär geschossen hat und Arbeiterblut geflossen ist — die Behörden zur Vermittlung ins Zeug gelegt. Die bisher erzielten Kompromisse laufen darauf hinaus, daß die Lohnreduktionen nicht aufgehoben, aber etwas verringert werden. Außerdem wird unter den Arbeitern für Auswanderung nach Brasilien agitiert. Die Impotenz des heutigen Staates, den verderblichen Wirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems abzuhelfen, kann nicht deutscher Illustriat werden.

— Zur Nachahmung empfohlen. Ein amerikanischer Prediger, der Reverend C. M. Sheldon von der Central Congregationalkirche in Topsham hat neulich, so lesen wir in amerikanischen Zeitungen, versucht, an sich selbst zu erfahren, wie es einem Arbeiter ergeht, wenn er sich nach Beschäftigung umsieht. Er warf sich in Arbeiterkleider und machte sich auf den Weg. Was er erlebte, schilderte er, wie folgt:

„Ich sagte mir, strenge Deine Einbildungskraft an und bilde Dir ein, daß von der Frage, ob Du Arbeit erhalten wirst, abhängt, ob Du heute Nachtquartier haben wirst. Ich sprach in mehreren Kohlengruben, in Eisenbahnhöfen, Futterhandlungen und anderen Plätzen vor. Ich versuchte mein Bestes während mehrerer Stunden, aber ohne Erfolg. Ich mußte eingestehen, daß ein kräftiger Mann in guter Gesundheit, wie ich bin, der willig ist, jede Arbeit zu verrichten, eine solche nicht finden konnte, nachdem er zehn Meilen gelaufen und in vielen Plätzen vorgeschrien hatte, wo sonst Arbeiter gesucht werden.“

Ich konnte mich des Gedankens nicht erwehren, daß wir in einer harten Welt leben. Gegen Abend wurde ich so desperat, daß ich bereit war, für nichts zu arbeiten, wenn ich Bezahlung nicht haben konnte und ich ersuchte einen Mann, der zwischen den Geleisen der Santa Fe-Bahn Schuße aufstufte, mich die Arbeit eine Weile thun zu lassen. Er war bereit und ich konnte mich wenigstens warm arbeiten.“

Zum Schluß fand der Pastor aber doch noch einen Mann, der ihn eine Stunde lang Kohlen schaufeln ließ, wofür er so viel bekam, daß er zur Noth sein Nachtquartier bezahlen konnte. Er berichtet weiter, daß die Arbeiter in den verschiedenen Unternehmungen, bei denen er vorkam, durchaus gefällig gegen ihn gewesen und daß ihm Einer angeboten, für ihn Abendessen und Bett in seinem Logirhaus zu besorgen, wenn er Arbeit nicht haben könnte. Der Pastor bekennet mit einem Seufzer, daß er die Dinge ganz anders gefunden, als er sich vorgestellt, und daß die eine Hälfte der Welt nicht wisse, wie die andere lebe.“

Welche Motive immer den Herrn Pfarrer zu seiner Nudelmisde veranlaßten, ob wirkliches Interesse für die Arbeiter oder demagogische Sensationslust, das Experiment scheint ihm nicht übel bekommen zu sein. Es wäre auch andern Leuten zu empfehlen.

— Zur Naturgeschichte des Bellamy'schen „Nationalismus.“ Eine Illustration zu dem, was wir in der vorletzten Nummer über dieses Thema sagten, liefert ein Artikel Bellamys in einer der jüngsten Nummern des „Nationalist“, betitelt „Ein Blick in die Zukunft“. Es heißt da:

Die fortschreitende Nationalisierung und Bergemeindlichung von Industrien bildet das logische und unvermeidliche Ziel des Nationalismus; Nationalisierung und Bergemeindlichung der Industrien heißt: An Stelle der schon hochkonzentrierten Formen der Korporationskontrolle im Interesse der Korporationen — öffentliche Kontrolle im Interesse des Gemeinwesens.

Wenn wir jedoch in die Zukunft blicken, in die Zukunft der Bewegung, und einen Umriß der Arbeit, die zu verrichten sein wird, zeichnen, so müssen wir erkennen, daß schließlich vom Geiste der Bewegung mehr abhängen wird, als von ihrer Methode. Die Methode kann kann eine andere sein, als die eben angegebene, und dies ist offenbar die natürliche, nicht eine willkürliche Methode, so daß wir volles Vertrauen zu ihr, als der rechten Methode, haben dürfen. Aber eine vortreffliche Methode kann durch einen schlechten Geist zu Schanden gemacht werden, während andererseits, wenn der Geist gut und wahr ist, Irthümer der Methode sich verbessern lassen und den schließlichen Triumph nicht verhindern.

Ich möchte mir nun einige Vorschläge erlauben über den Geist, den die Nationalistenbewegung bewegen sollte; ich thue das, indem ich nur das schreibe, was mir als das charakteristische Merkmal des jetzigen Geistes der Bewegung erscheint, sowie des Geistes der Männer und Frauen, die an ihr theilnehmen sind.“

Als diese Merkmale bezeichnet Bellamy Selbstlosigkeit, Toleranz, Patriotismus und Konservatismus. In der Motivierung heißt es u. A.:

„Eine den Nationalismus auszeichnende Eigenschaft ist es — eine Eigenschaft, von der sein wahrer Erfolg größtentheils abhängt — daß er den ganzen Gegenstand der industriellen und sozialen Reform auf eine breite nationale Basis stellt; er betrachtet ihn nicht von der Position oder mit den Vorurtheilen irgend einer Menschengruppe, sondern vom Platze des gewöhnlichen Bürgerwesens, der Humanität und Moralität. Nationalismus ist keine Klassen- sondern eine Bürgerbewegung. Er repräsentiert speziell nicht Männer oder Frauen; Nord oder Süd; Schwere oder Weich; Arm oder Reich; Gebildet oder Ungebildet; Arbeitgeber oder Arbeiter; sondern Alle gleichmäßig; denn er glaubt, daß wir Alle — auch unser inneres Kennzeichen sein möge — gleichmäßig Opfer der jetzigen barbarischen, industriellen und sozialen Einrichtungen sind, Opfer in Körperlicher, geistiger und seelischer oder irgend einer andern Beziehung; daß wir Alle gleichmäßig — wenn auch nicht zu unserm körperlichen, so doch zu unserm sittlichen Vortheile — wenn auch nicht für uns persönlich, so doch für unsere Kinder — ich sage, daß wir Alle ein gleichmäßiges Interesse haben, die uns verwickelnden Wesen zu zerschneiden, und einem höheren, edleren, glücklicheren Dasein selbst zuzuführen.“

Wir können nur dem „Pbl. Tageblatt“ zustimmen, wenn es sagt, daß dieses „Mundstüchlein“ sich ändert, wie das Gerüde in den ethischen Kultur-Gemeinden. „Man sitz da“, schreibt es treffend, „in einem Wahrgen schäner Nebenarten, die sich zur Nichtigkeit verdunsten, sobald man über sie nachdenkt. Die „Ghiti“ Bellamys ist seinen Phlegmen werth. Selbstlosigkeit ist eine schöne, aber seltene Tugend; die Massen werden durch ihr Interesse vorwärts getrieben. Toleranz gegen Unerbittende hört in dem Augenblick auf, als sie einen angreifen, was unfehlbar geschieht, sobald sie einen ernsthaft halten; Patriotismus in dem Sinne, wie ihn Bellamy verstanden will, daß das eigene Land die Führerrolle unter den Nationen erhalten soll, mag am Ende hingehen. Und was nun die „Konservativen“ Methoden anbelangt, die er empfiehlt, so wird ihm die Art und Weise des Kampfes von der anderen Seite aufgedrängt werden. Ueberhaupt kann es höchst egal sein, was sich die Glacéhandschuhe unter den Nationalisten vornehmen. Es kommt ganz anders, als sie sich einbilden. Für den Augenblick genügt es, daß sie die sozialistische Idee unter den Amerikanern verbreiten. Werden sie einmal eine politische Partei, wozu sie vor allen die Arbeiter nöthig haben, dann wird sie der Gegner in einer Weise beherrschen, daß sie den schönen „ethischen“ Katholismus bald vergessen werden.“

— Die Maschine in der Schuhmacherei. (Ein Beitrag zu dem industriellen Fortschritt unseres Zeitalters.) Wir lesen in einem amerikanischen Arbeiterblatt:

Der Washingtoner „Star“ berichtet, daß der Ex-Präsident Cleveland kürzlich eine große Schuhfabrik in Marlborough, Massachusetts, besuchte, und durch die verschiedenen Abtheilungen geführt ward. Als er das Gebäude verließ, überreichte ihm der Werkführer ein Paar prachtvolle Schuhe, welche in der kurzen Zeit seiner Anwesenheit jugendlichen und vollendet worden waren. Der „Star“ meint, Herr Cleveland solle nur niemals versuchen, die betreffenden Schuhe zu tragen, denn sie würden ihm von den Füßen fallen. Solche Leistungen machten den Schuhfabrikanten keine Ehre.

Dazu bemerkt der „Voll. Korrespondent“: Dieses zeigt, daß der Redakteur des „Star“ von der modernen Schuhwerk-Industrie nicht die blasseste Idee hat. Ein Paar gute Schuhe in Zeit von einer Stunde anzufertigen — so lange wird es ja wohl genommen haben, die betreffende Fabrik zu besichtigen — ist keine große Leistung; dieses kann man in einem halben Duzend unserer Schuhfabriken beobachten und braucht deshalb gar nicht nach Massachusetts zu gehen.

In wenigen andern Industriezweigen hat die Alles bewingende Maschine seit 25 Jahren eine solche Veränderung hervorgerufen, als in der Schuhfabrikation. Die Fabrik von 1861 und die von 1889 lassen sich gar nicht vergleichen. Damals gab es höchstens drei Maschinen: die Maschinenmaschine, jene Revolutionärin, die Sohlenmaschine und die Abzugsmaschine waren noch nicht erfunden. Die Fabrik mußte ganz allein ihren Vortheil in der Arbeitsteilung suchen. Die Erzeugnisse der Fabrik waren damals wirklich so mangelhaft, wie der „Star“ sie schildert. Wer gut genähte Stiefel tragen wollte, mußte sie von einem Meister des Kleingewerbes machen lassen; die Fabriken arbeiteten damals ausschließlich mit Holzwecken.

Wo sind heute die Holzwecken hin, welche noch vor zehn Jahren die Wälder zu vernichten drohten? Wer trägt heute noch Schuhe, deren Sohlen mit Holzwecken befestigt sind, seit eine Maschine existiert, welche die fertige Sohle in 20 Sekunden ausführt? Und erst die Abzüge! Welcher Meister kann hier mit der allgewaltigen Maschine konkurriren? Das geht wie im Fluge, die Abzüge werden von der Maschine angehängt, abgerundet und polirt, ebenfalls in ungläublich kurzer Zeit, und wenn der Fabrikant gutes Leder verarbeitet, so können seine Schuhe, selbst wenn sie innerhalb einer halben Stunde vollendet wurden, recht wohl die härtesten Strapazen aushalten, und was die Arbeit nach dem Leisten und Nahegehe, so hat es die moderne Schuhfabrik zur möglichsten Vollkommenheit gebracht.

Die Maschine hat alles das bewirkt, und die durch die Maschine bedingte Arbeitsteilung hat es möglich gemacht, daß der Arbeiter, auf seine Maschine eingeeicht, seinen Theil in der besten vollendetsten Weise thun kann. In keinem andern Kleingewerbe hat die Maschine eine solche Revolution hervorgerufen, als in der Schuhmacherei. Der philosophische Meister, welcher auf dem Wadenstein, der ihm schwer auf den Knien liegt, die Sohlen dünn klopf, welcher sich dann seinen Verbrauch verfertigt und, nachdem er sich einen stärkenden Trunk geleistet, im Schwelche seines Angeichts darauf los näht, steht auf dem Aussterbe-Orte, die Maschine hat ihm die Griseitz genommen, und selbst als Hilfsarbeiter bedarf er heute der Maschine.

Die Fabrikarbeit hat sich immer mehr vervollkommenet, bis sie heute im Stande ist, mit der solidesten und feinsten Handarbeit zu konkurriren, und was die oben erwähnte Schnelligkeit der Produktion betrifft, so ist dieselbe weit entfernt, ein Wunder zu sein. Eine Fabrik mit 300 Arbeitern und allen neueren Maschinen kann täglich recht wohl 2000 Paar Schuhe anfertigen; das macht 6 2/3 auf den Kopf und 200 Paar die Stunde. Dabei geht Alles den gewöhnlichen Weg der Routine. Wird dieser nun beschleunigt, indem jemand die Arbeit sofort von einem Departement ins Andere beschleunigt, so gehört gar keine Hererei dazu, ein Paar Schuhe oder Stiefel in Zeit von einer Stunde fertig zu stellen.“

— Aufgepaßt! Es werden durch Inserate in deutschen Blättern Waffenarbeiter aller Art nach England angeworben gesucht. Da hier in den betreffenden Fabriken zur Zeit Differenzen über die Arbeitsbedingungen bestehen, so wird dringend vor Zuzug gewarnt. Wer sich nicht argen Enttäuschungen aussetzen will, leiste den Versuchungen Widerstand.

### Sozialistische Presse und Literatur.

Paul Fisher (London). Die Marx'sche Werththeorie. Zur Einführung in das Studium von Marx.

Dieses Schriftchen bildet das 9. Heft der Berliner Arbeiterbibliothek. Es hält in der That, was es verspricht, es gibt in allgemeiner verständlicher Sprache dem Leser Aufklärung über eine Reihe, im Kapital erörterter Fragen und hebt die wesentlichen Gesichtspunkte derselben scharf hervor. Wer das für überflüssig hält, kann sich aus dem Schlusskapitel der Fisher'schen Schrift vom Gegenstand überzeugen. Dort zeigt Fisher an drastischen Beispielen, welchen Unsinn sogenannte Männer der Wissenschaft aus Marx heraus- bzw. in ihn hineingelesen haben. Und dieser Unsinn erbt sich, müssen wir hinzuzufügen, „wie eine ewige Krankheit fort“

ein Marxkritiker oder Marxkommentator schreibt ihm von andern ab, und wer das Unglück hat, einem derselben in die Hand zu fallen, tritt infolge dessen von vornherein mit falschen Voraussetzungen an das Studium von Marx heran. Und das ist immer ein großer Nachtheil.

Da wir uns demnach wieder mit einem Marxverächter zu befassen haben werden, so kommen wir bei dieser Gelegenheit vielleicht auf die Fisher'sche Schrift zurück. Hier nur noch soviel, daß Fisher uns fast überall in der Hauptfrage das Richtige getroffen zu haben scheint, es sind nur untergeordnete Punkte, an denen wir Ausweichungen zu machen hätten. Schließlich sei noch bemerkt, daß die Schrift nicht nur leicht verständlich, sondern auch mit gesundem Witz geschrieben ist.

Zur Besprechung erhalten:

Fabian Essays in Socialism. Edited by G. Bernard Shaw. London, The Fabian Society, 63 Fleetstreet. E. C.  
Sidney Webb, Socialism in England. London, Swan, Sonnenschein & Co.

### Korrespondenzen.

## Berlin, 29. Januar 1890. Die Agitation zu der bevorstehenden Reichstagswahl, ist unter der Mitwirkung von zwei, nicht oft zusammenstehenden Faktoren, in recht erfreulicher Weise eröffnet worden. Diese Faktoren sind erstens das Ausschreiben der Wahl vor Schluß des Reichstags und zweitens die Tagung des Reichstags nach Feststellung des Wahltermins. Unsere Genossen, welche schon lange bereit standen, in den Wahlkampf einzutreten, haben denn auch die Gelegenheit nicht unbenuzt vorübergehen lassen. Jeden Tag haben Wählerversammlungen stattgefunden und der Andrang ist regelmäßig ein außerordentlicher. So sprach Genosse Liebknecht am 17., 21. und 24. Januar vor noch Tausenden zählenden Versammlungen. Trotz der Ueberfüllung der Säle fanden doch jedesmal noch Tausende auf der Straße und begehrten Einlass. Genosse Liebknecht hat das herrschende System einer vernichtenden Kritik und verweilte namentlich ausführlich bei den, von dem jetzt heimgegangenen Reichstag dem Volke anferlegten Militärausgaben. Er legte dar, daß Deutschland, welches in Bezug auf die militärische Ausrüstung bisher an der Spitze markiert hat, und auch aus dem letzten Kriege als Sieger hervorgegangen sei, verpflichtet sei, wenn es nicht den Furch der Nachwelt auf sich laden wolle, an die übrigen Kulturvölker mit einem Antrag auf Abrüstung heranzutreten, und die Versammlungen stimmten ihm begeistert zu, daß den Vätern, welche alle ihre Kräfte zu Werken des Friedens brauchen, diese nicht durch ein ewiges Hinmorden der besten Kräfte der Nationen geraubt werden dürfen. Und wie im sechsten Wahlkreis steht die Bewegung auch in den andern Kreisen. Besonders verdienen hervorgehoben zu werden jene drei großen Versammlungen, in denen die Genossen Singer, Schuhmacher und Bodel sprachen. Etwas Großartigeres von Rundgebungen für die Sozialdemokratie hat Berlin seit dem Bestehen des Schandenspiels nicht gesehen. Der Andrang zu jenen Versammlungen war geradezu mit einer Wüstenwanderung zu vergleichen. Natürlich waren zu jeder dieser Versammlungen Tausende umflossen gekommen, denn die größten Lokale vermögen diese Massen nicht aufzunehmen. Ueber den speziellen Verlauf dieser Versammlungen verweise ich auf die ausführlichen Berichte im „Berl. Volksblatt“ vom 25. Januar. Alle diese großartigen Rundgebungen waren nur aus den oben angeführten Gründen möglich.

Ein Uneingeweihter kann sich unmöglich eine Vorstellung machen von der Begeisterung, welche für die bevorstehenden Wahlen die Arbeiterschaft Berlins befeuert, wir dürfen mit Sicherheit auf einen bedeutenden Stimmengewinn rechnen. Aber nicht bloß in Berlin, auch in den umliegenden Kreisen, z. B. Nieder-Barnim, Teltow, Havelland u. s. w., enthalten die Genossen eine nie geahnte Thätigkeit, und man kann dies wohl als ein Zeichen betrachten, daß die Arbeiter sich voll und ganz bewußt sind, was für sie auf dem Spiele steht.

Zum Schluß rufen wir den Genossen allerorts zu: Thue ein jeder seine Schuldigkeit, damit die Hoffnung, welche wir auf die Wahl gesetzt haben — 1 1/2 Millionen Stimmen — sich glänzend erfülle.  
Ein Berliner im Auftrage Dieter.

— Aus Rumänien. Mit Bezug auf die Anfrage wegen der Lage der Instrumentenmacher in Rumänien wird uns noch geschrieben:

„In die Firma, welche Arbeiter sucht, Wenzel Stasid, so können wir den betreffenden Leuten nur entschieden abrathen, mit derselben in Unterhandlung zu treten, geschweige denn ihren Vorkursen Gehör zu schenken. Ueberhaupt wären die deutschen organisierten Arbeiter vor ihr zu warnen.“

Die Arbeitsverhältnisse sind hier jetzt überhaupt die denkbar schlechtesten, und allen, welche von weitem es auch sei, nach hier engagiert werden, ist nur zu rathen, sich vorher gut zu informieren. Es gibt jetzt hier eine sehr große Zahl beschäftigungsloser Arbeiter aller Branchen, besonders liegen Eisenarbeiter absolut auf der Straße, da es nur wenige Werkstätten gibt, so daß, wenn diese wenig Arbeit haben, sich im ganzen Lande nichts mehr findet. Eine dahingehende Warnung in den deutschen Arbeiterblättern wäre jedenfalls am Platze.

### Briefkasten

Der Redaktion: Briefe und Einsendungen erhalten aus: Antwerpen, Berlin (Besten Dank und Gruß), Bukarest (Richtigstellung in der nächsten Nummer), Gimmithaus, Florenz; Vorläufig besten Dank, nach Durchsicht Näheres. H. D. in Wimbledon; Ged. leider nicht verwendbar. Vielleicht geräth's ein andermal besser. — Nach Schluß der Redaktion eingetroffen: Jülich, J. H. M. (Berichtigung) und Maurice von Stern-Gebichte.

Der Expedition: Nr. 50. — f. Schrift. erb. Weiteres stimmt. — 7/9. 27. Dank für die dreimalige Aufmerksamkeit. Die „N. N.“-Red. ist übrigens entschieden im Unrecht. Denn ein „Ehrenspiegel“ hat nie unerlaubte Beziehungen. Ich ist Alles erlaubt; sogar das Tragen der Majordamiform im Dienst. „J. V.“ halten wir leider. — Kother Geldsak: Nr. 815. — Ab. 4. Du. x. erb. und Nr. 35. 59 per Ggr. gutgebr. Mancos sind uns unerklärlich. Werden recheckiren. — Weidner: Nr. 12. 80 f. Schrift. erb. V. freuzte mit Auszug. — J. P. u. Co. Paris: Fr. 2. 50 Ab. 1. Du. f. D. H. erb. — Traunicht: Die Sache hat sich wahrcheinl. durch Krankheitszwischenfall verzögert. Inzwischen auch bis zum Eingang dies abgewickelt. H. Weiteres. — C. G. Anvers: Fr. u. 7dd. v. 28/1 erb. u. Postzahl. eben eingetrag. S. Spezialquitt. — A. Hg. Konstante: Sh. 15. 4. a. Gto. Ab. per Jch. erb. Alles wohl. W. folgt. — J. Kery. London: Sh. 1. 4. f. Schrift erb. — Kother Gerberns: Ab. nach Vorlage v. 28/1 geordn. — Argenta: Billig. u. vorgemerkt. Weiteres da. — Girsfeld. Brs. Du.: 10 Pa. f. Schrift. erb. — Ruth u. Kraft: Nr. 31. 80 a. Gto. Ab. x. erb. u. Nr. 26. 30 per Brig. gutgebr. Ab. nebst Namensnachtrag notirt. Gewünschtes da. — G. Müller Cincinnati: Sh. 12. 4. a. Gto. Ab. x. erb. Auszug abgg. Billig. notirt. Utschert per J. beordert. Probehefte v. „Wstl.“ da. erb. Sobald komplett, können annonciren. Betrieb in Lieferungen ist nach Deutschl. absolut unmöglich. Auszug abgg. H. Weiteres betr. „Wstl.“ x. — Kaimund: dowl. 115. — a. Gto. Ab. x. erb. u. Ab. geordn. H. ja nicht vergessen! — Der Alte Vg.: Nr. 17. 60 per Sh. 90 erb. Gruß! — A. Schr. Blth.: Dank f. Abdrang u. Weiteres. — Rhr. Grefator: Nr. 6. — Ab. 1. Du. G. u. W. erb. — Alter Frig: Ab. u. Beilg. notirt. War Nichts unterwegs. Nr. 205. — a. Gto. Ab. 4. Du. x. erb. u. Beilg. gutgebr. H. Weiteres. — D. r. Peter: Ab. sind nach Vorlage v. 20/1 geord. Br. J. Ausrüstet ermarct. — Vorles: Nr. 300. — abzgl. kassierter Nr. 100. — per Brig. gutgebr. und weiter einverstanden, wenn striktes Wort gehalten wird. H. mehr. — Urania: Ab. notirt. Wie oft sollen wir denn noch sagen, doch betr. Dtschl. 2. rechtzeitig annoncirt werden wird? J. hat noch nichts hören lassen. — Fuchs: Ueberbringer war am 3/2 hier. Beilg. x. haben vorgemerkt. Vor Allem ist aber Cassa unbedingt nöthig. H. mehr. — P. Gde. La Roche: Fr. 2. 50 Ab. 1. Du. erb. Warum das P. Mandat nicht auf Kentish Town Postoffice zahlbar gemacht? — J. Gye. Nr. 1000. — Nr. 1/11 89 bis 31/3 90 erb. u. Nachfrg. bewirkt. — Gehr. Hinghs. St. Louis: Doll. 29. 25 a. Gto. Ab. x. per „St. L. Tgl.“ erb. Weiteres siehe Wahlfond. — Kleiner Sozialdemokrat: P. u. v. 5/1 am 4/2 erb. Bd. 2. war schon unterwegs. Ausrüstet ermarct. Selbstverständlich hat darnach Niemand zu fragen. Br. rüht sich nicht mit den Nr. 10. — Hbb. u. Bm. Wa.: Bd. 1. 11. 8 f. Schrift. D. H. u. Beilg. erb. — Hübeger: Nr. 118. 40 f. Ab. u. Schrift. erb. Stimmt nach Ihrer Auffassung. Edg. fort. — Romanus D.: Nr. 25. — a. Gto. erb. H. mehr. — Blanc: Abdr. folgen. Berlege bitten genau anzugeben. — Kother Teufel: Nr. 405. — a. Gto. Ab. x. erb. H. erwartet. — Romulus: Aufschlüsse ddb. erb. Eine lokale Angelegenheit ist das aber nicht, denn die Anfrage richtete sich an seinen jetzigen Ort. — Skorpion: B. erhielt Nichts. Haben Sie Aufgabe selbst befolgt? R. hat aufgehört, bevor Aufschluß kam. Beilg. folgt. — B. Arabus: Wenn Dtschl. aufkom, so finden Sie auch Nr. 5 darin. — R. F. Dn.: Sh. 17. 2 1/2 f. Schrift. erb. — Blunelle: Nr. 5. — Ab. 1. Du. x. erb. Klamirites folgt. — H. G. Argenteuil: Fr. 3. — 1. Du. u. Schrift. erb. — Kautbas: H. v. 3/2. erb. Antu. folgt. Referenz R. wird befolgt. — Pharao: Ab. u. Beilg. H. Berl. v. 3/2. not. u. H. weiter berichtet. Dank f. Beil. — D. B. G. R., Boel: Best. Dank f. Nachr. betr. Rgt. Weiteres befolgt.

### Wahlfond-Cuittung.

Zur Weiterbeförderung sind an unsere Adresse eingegangen: Hieber antitt (siehe Nr. 5) Nr. 3011. 99  
Dr. Berner, London, für den deutschen Wahlfond dankend erhalten Bd. 24. 10. — per 500. —  
Von den Notenschern New-York für die deutschen Reichstagswahlen Doll. 14. 50. — 60. —  
Südbrg. (Gipflanz (dritte Rate) 2. —  
Gesammelt von den deutschen Glasmachern in Blyth 20. 50  
Von der Section des S. A. P. St. Louis gesammelt Doll. 45. —, bezgl. vom „St. Louis Tagblatt“ Doll. 67. 75, in Summa Doll. 112. 75 per Bd. 22. 15. 6 1/2. — 455. 50  
Von der belgischen Werkleidenpartei in Antwerpen, Citrog eines Freites für die deutschen Reichstagswahlen (1. Rate) 750 Fr. (Bd. 28. 12. 9) 600. —  
Glezu zur Abrundung vom „Rdnig von Italien“ angelegt als (1. Rate) 6320. 01  
Zusammen Nr. 10,000 —  
sind an das Zentralwahlkomitee der deutschen Sozialdemokratie abgeliefert.

Anlässlich des Todes des früheren Leipziger Polizei-Direktors Dr. Rüder empfehlen wir Allen, die sich um dessen vorjubiläumsgeschäftliche Verfolgungen der deutschen Sozialdemokratie interessieren, als eine charakteristische Kennzeichnung der damaligen Polizeiverhältnisse

Meine 3 1/2-jährige Leipziger Polizeicampagne.

Geleitet und Grnirt. Publizistisches und Juristisches.  
Von H. Depner.  
Preis: 40 Pfennig — 50 Gts.

E. Bernke & Co.,  
114 Kentish Town Road, London NW.

Printed for the proprietors by the German Co-operative Publishing Co.  
114 Kentish Town Road London N. W.